S 4 AS 488/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Schleswig-Holstein

Sozialgericht Schleswig-Holsteinisches

Landessozialgericht

Sachgebiet Sonstige Angelegenheiten

Abteilung 3.

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 4 AS 488/16 Datum 25.06.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 AS 105/20 Datum 16.03.2021

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der Kläger gegen das Urteil des Sozialgerichts Schleswig vom 25. Juni 2020 wird zurýckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten haben die Beteiligten einander nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Gründe:

Die miteinander verheirateten Kläger beziehen seit 2012 von dem Beklagten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Sozialgesetzbuch, 2. Buch (SGB II). Sie führen und führten zahlreiche Rechtsstreitigkeiten um die RechtmäÃ∏igkeit der Leistungsgewährung des Beklagten.

Krankeneinweisung mit Anfahrtskostenvorschuss, Parkgebühren und Aufenthaltskosten im Krankenhaus von 10 â∏¬ täglichâ∏∏ begehrt. Sie fÃ⅓hrten aus, die OP habe nicht durchgefA¼hrt werden kA¶nnen. Diese sei von einem Hausarzt angeordnet worden. Das sei unterlassene Hilfeleistung. Beigefügt waren diesem Schreiben ein Fragment einer AufklĤrungsverfļgung über die Behandlung eines Abszesses bzw. einer eitrigen Fistel vom 24. Oktober 2013 und ein Attest der haus Axrztlichen Praxis H und P vom 8. April 2016, mit dem diese bestÃxtigten, dass die KlÃxgerin zu 1.) Â am 23. Oktober 2013 dort eine Einweisung zur stationĤren Behandlung erhalten habe. In der mündlichen Verhandlung vom 25. Juni 2020 hat die KlĤgerin zu 1.) vorgetragen, es habe seinerzeit von ihrem behandelnden Arzt eine Noteinweisung in ein Krankenhaus gegeben. Das Datum könne sie nicht mehr erinnern, es müsse im Oktober 2016 gewesen sein. Sie habe sich auf 10 Tage Krankenhausaufenthalt einstellen kA¶nnen, aber die 10 EUR Eigenanteil pro Tag nicht aufbringen können. AuÃ∏erdem sei es nicht möglich gewesen, am Krankenhaus einen kostenlosen Parkplatz zu finden. Deshalb sei sie dann zum Jobcenter gefahren und habe gefragt, ob sie einen Vorschuss bekommen könne, um alles zu regeln. Das sei abgelehnt worden. Sie habe das als unterlassene Hilfeleistung empfunden.

Die KlĤger haben keinen konkreten Antrag gestellt.

Der Beklagte hat beantragt,

die Klage abzuweisen.

Er hat vorgetragen, es lägen ihm auch nur die ärztlichen Bescheinigungen vor. Eine Entscheidung oder gar ein Bescheid sei aus den dort vorhandenen Unterlagen nicht ersichtlich.

Mit Urteil vom 25. Juni 2020 hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt, die Klage müsse als Leistungsklage verstanden werden, könne aber keinen Erfolg haben. Eine Grundlage für den geltend gemachten Anspruch sei nicht ersichtlich. Zu denken wäre allenfalls an den sozialrechtlichen Herstellungsanspruch, dessen Voraussetzungen aber nicht vorlägen. Es lasse sich dem Vorbringen der Kläger weder eine Pflichtverletzung des Beklagten noch ein eingetretener Schaden oder gar dessen Bezifferung entnehmen. Mangels jeglicher Konkretisierung komme auch eine Verweisung des Rechtsstreites an die ordentlichen Gerichte wegen einer möglichen Amtspflichtverletzung nicht in Betracht.

Gegen dieses ihnen am 26. September 2020 zugestellte Urteil richtet sich die Berufung der Kläger, die bereits am 7. September 2020 bei dem Sozialgericht Schleswig eingegangen ist.

Die KlĤger tragen vor, es bleibe bei den AntrĤgen zur vollumfĤnglichen Wiedergutmachung auch bezogen auf das Verfahren ist <u>S 4 AS 488/16</u>.

SinngemäÃ∏ beantragen sie,

das Urteil des Sozialgerichts Schleswig vom 25. Juni 2020 aufzuheben und den Beklagten zu verurteilen, ihnen f \tilde{A}^{1}_{4} r die verweigerte Vorschusszahlung Wiedergutmachung zu gew \tilde{A} xhren.

Der Beklagte beantragt,

Die Berufung zurückzuweisen.

Der Senat hat die KlĤger mit Schreiben vom 8. Februar 2021 darauf hingewiesen, dass er die Berufung einstimmig für unbegrþndet hält und es daher beabsichtigt sei, diese mit Beschluss zurückzuweisen. Die Kläger erhielten Gelegenheit zur Stellungnahme.

Ergänzend wird hinsichtlich des Sach- und Streitstandes auf die Schriftsätze der Beteiligten, sowie den weiteren Inhalt der Gerichtsakte Bezug genommen.

II.

Der Senat konnte gem $\tilde{A} = \tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss $\tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss \tilde

Es bestehen bereits Zweifel an der Zulässigkeit der fristgerecht erhobenen Berufung. Das Sozialgericht ist ausweislich der dem Urteil vom 25. Juni 2020 angefýgten Rechtsmittelbelehrung zwar von der Statthaftigkeit der Berufung gegen sein Urteil ausgegangen, jedoch bestehen insoweit Zweifel, ob der Beschwerdewert 750,- EUR tatsächlich ýbersteigt. Dies ist indessen gemäÃ \Box § 144 Abs. 1 Satz 1 SGG bei einer Klage, die eine Geld-, Dienst- oder Sachleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt und nicht wiederkehrende oder laufende Leistungen fýr mehr als ein Jahr betrifft, erforderlich, sofern die Berufung nicht gemäÃ \Box § 144 Abs. 2 SGG gesondert zugelassen wird.

Der Sache nach geht es den Klägern aber um Zuzahlungen fþr einen 10-tägigen Krankenhausaufenthalt. Diese Zuzahlungen betragen gemäÃ \square § 61 Satz 2 Sozialgesetzbuch, 5. Buch (SGB V) 10,- EUR pro Kalendertag, also hier insgesamt 100,- EUR. Zudem sind Zuzahlungen zu Krankenbehandlungen in einem Kalenderjahr nur bis zur Belastungsgrenze gemäÃ \square § 62 SGB V in Höhe von 2 % der jährlichen Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt zu zahlen. Bei Leistungsbeziehern nach dem SGB II ist dabei gemäÃ \square § 62 Abs. 2 Satz 6 SGB V nur der Regelbedarf fþr einen Alleinstehenden gemäÃ \square § 20 Abs. 2 Satz 1 SGB II maÃ \square geblich. Ausgehend von einem Regelbedarf fþr einen alleinstehenden im Kalenderjahr 2016 in Höhe von 364,- EUR monatlich, entsprechend 4.368,- EUR jährlich, hätte die Klägerin zu 1.) im Kalenderjahr 2016 daher nur Zuzahlungen in Höhe von maximal 87,36 EUR entrichten mþssen. Im Kalenderjahr 2013 wäre dieser Betrag wegen des niedrigeren Regelbedarfs noch etwas niedriger gewesen.

Es erscheint nicht sonderlich wahrscheinlich, dass der in § 144 Abs. 1 Satz 1 SGG

genannte Wert unter Hinzurechnung der ebenfalls von den KlĤgern angesprochenen Kosten für einen Parkplatz vor dem Krankenhaus erreicht wird.

Letztendlich kann dies aber offenbleiben, denn die Berufung ist jedenfalls nicht begr \tilde{A}^{1} /4ndet.

Den Klägern ging es augenscheinlich um einen Vorschuss für unabweisbare Kosten, die sie nicht aus den ihnen zur Verfļgung stehenden Mitteln decken konnten. Ob diese Kosten (Zuzahlung fýr den Krankenhausaufenthalt, Parkgebühren) 2016 entstanden sind, wie die Klägerin zu 1.) nunmehr vorgetragen hat, oder bereits 2013, worauf die übersandten ärztlichen Bescheinigungen hindeuten, lässt sich nicht abschlieÃ∏end aufklären. Das SGB II sah sowohl im Oktober 2013 als auch im Oktober 2016 für solche FÃxlle die Möglichkeit einer Darlehensgewährung gemäÃ∏ <u>§ 24 Abs. 1 SGB II</u> vor. Danach gewĤhrt der GrundsicherungstrĤger dem Leistungsberechtigten ein Darlehen oder gewĤhrt eine Sachleistung, wenn im Einzelfall ein vom Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhaltes umfasster und nach den UmstĤnden unabweisbarer Bedarf nicht gedeckt werden kann. Eine Sachleistung war für den hier geltend gemachten Bedarf ungeeignet, sodass lediglich die GewÄxhrung eines Darlehens in Betracht gekommen wäre. Ã∏ber dieses Begehren hätte aber durch Verwaltungsakt gemäÃ∏ § 31 Sozialgesetzbuch, 10. Buch SGB X entschieden werden mÃ1/4ssen. Ein entsprechender Verwaltungsakt und ein auf einen gegen eine Ablehnung erlassenen Widerspruchsbescheid liegen aber nicht vor, sodass die am 7. Oktober 2010 erhobene Klage bereits wegen Nichtdurchführung des erforderlichen Verwaltungs- und Widerspruchsverfahrens gemäÃ∏ <u>§ 78 SGG</u> unzulässig war.

Das SGG kennt gemÃxÃ $\$ § 54 Abs. 5 SGG zwar auch die allgemeine Leistungsklage, die ohne DurchfÃ 1 4hrung eines Vorverfahrens erhoben werden kann, wenn auf eine Leistung ein Rechtsanspruch besteht und ein Verwaltungsakt nicht zu ergehen hat. Eine solche Konstellation lag im öffentlich-rechtlich geprÃxgten BÃ 1 4rger-Staat-VerhÃxItnis zwischen den KlÃxgern und dem Beklagten aber nicht vor.

Ohne Durchfýhrung eines vorherigen Vorverfahrens wäre die Geltendmachung eines Anspruchs auf Gewährung eines Darlehens zur Deckung eines unabweisbaren Bedarfs nur vorläufig im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes möglich gewesen. Ein Begehren auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gemäÃ∏ <u>§ 86b Abs. 2 SGG</u> hat sich dem Vorbringen der Kläger vom 7. Oktober 2016 aber nicht entnehmen lassen.

Ungeachtet dessen hat die Bedarfslage zur Erbringung eines Darlehens gemäÃ☐ § 24 Abs. 1 SGB II zum Zeitpunkt der Entscheidung des Sozialgerichts am 25. Juni 2020 schon lange nicht mehr bestanden, denn es ging den Klägern um einen lange zurückliegenden und nicht um einen unmittelbar bevorstehenden Krankenhausaufenthalt. Dies ist mutmaÃ☐lich bereits bei Klageerhebung der Fall gewesen, da die beigefügten Dokumente dafürsprechen, dass es sich um einen Krankenhausaufenthalt bereits im Oktober 2013 gehandelt hat. Ein aktueller

unabweisbarer Bedarf konnte daher durch Gewährung eines Darlehens zukunftsgerichtet gar nicht mehr gedeckt werden.

Für die von den Klägern begehrte Wiedergutmachung für die aus ihrer Sicht fehlerhafte Behandlung der Angelegenheit durch den Beklagten enthält das Sozialgesetzbuch keine Anspruchsgrundlage.

Erg \tilde{A} ¤nzend nimmt der Senat auf die Begr \tilde{A} ¼ndung des angefochtenen Urteils gem \tilde{A} ¤ \tilde{A} [] \hat{A} § 153 Abs.2 SGG Bezug.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 Abs. 1, Abs. 4 SGG</u> und folgt der Sachentscheidung.

 $Gr\tilde{A}^{1}/_{4}$ nde $f\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die Zulassung der Revision gem \tilde{A} ¤ \tilde{A} <math>160 Abs. 2 SGG liegen nicht vor.

Erstellt am: 29.12.2021

Zuletzt verändert am: 23.12.2024